Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 251. | Dresden, Sonnabend den 28. Oktober 1916. | 27. Jahrg.

Neue Angriffe an der Somme und bei Verdun – Erfolge bei Dorna Watra

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 28. Oktober 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Auf dem Nordufer der Somme haben gestern die Infanteriekämpfe wieder eingesetzt. Starke Artillerievorbereitung ging den Angriffen voran, zu denen die Engländer über die Linie Gueudecourt—Lesboeufs, die Franzosen anschließend aus der Gegend von Morval in den Abendstunden vorbrachen. Unsere Truppen haben die verbündeten Gegner durch Artillerie- und Maschinengewehrfeuer, nördlich von Morval auch mit der blanken Waffe blutig zurückgewiesen. Die Stellungen sind restlos behauptet.

Heeresgruppe Kronprinz:

Auch östlich der Maas spielten sich erneut schwere, für uns erfolgreiche Kämpfe ab. Nach heftigem Artilleriefeuer stürmten aus den Thiaumont-Walde, beiderseits Fort Douaumont und im Zwischen-Walde starke französische Kräfte zu Angriffen vor, die sämtlich vor unseren Stellungen für den Gegner verlustreich zusammenbrachen.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Nach zweitägigem Wirkungsfeuer gegen den Abschnitt westlich von Luzk griff der Russe gestern bei Zaturen an. Der Angriff scheiterte vollkommen und unter schweren Verlusten für den Feind.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl:

Beiderseits von Dorna Watra drangen österreichisch-ungarische Truppen in die russischen Stellungen ein und nahmen mehrere Höhen im Sturm. Acht Offiziere und über 500 Mann wurden gefangen eingebracht. An der siebenbürgischen Ostfront dauern die Kämpfe in den Grenzfällern an. Südlich von Kronstadt (Brassó) wurde von unseren verbündeten Truppen eine rumänische Höhenstellung in überraschendem Vorstoße genommen und der Erfolg in scharfem Nachdrängen bis ins Tal der Partzuga erweitert. Im übrigen hat sich die Lage nicht wesentlich geändert.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen

In der nördlichen Dobrudscha fanden unsere verfolgenden Abteilungen bisher wenig Widerstand. Alle Anzeichen deuten auf hastigen Rückzug des Gegners. 500 Versprengte wurden gefangen, einige Munitionskolonnen und Bagagen erbeutet.

Mazedonische Front:

Serbische Angriffe gegen die deutsch-bulgarischen Stellungen im Cerna-Bogen scheiterten ebenso wie Teilvorstöße des Gegners an den Osthängen der Maglena und südwestlich des Doiran-Sees. An der Struma Patrouillengeplänkel, bei Orsana lebhaftes Artilleriefeuer.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Regierung, Reichstag, Kriegskredite.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, auch der neuen Kreditforderung ihre Zustimmung zu erteilen, hat nirgends Staunen oder Erregung hervorgerufen. Auch die Minderheit muß anerkennen, daß die Haltung der Fraktion in diesem Falle nur die Konsequenz ihrer bisherigen Haltung ist, so richtig oder so falsch sie gewesen sein mag. Die Mehrheit sieht sich aber vor keinerlei neue Tatsachen gestellt, die sie veranlassen könnte, der Auffassung der Minderheit beizutreten. Noch immer wollen die Gegner des Deutschen Reichs — von kleinen Gruppen abgesehen — leider ganz ohne Unterschied der Partei von einem Frieden der Verständigung, wie ihn die deutschen Sozialisten erstreben, nichts wissen, sie wollen die Fortsetzung des Krieges bis zu dem erträumten Zusammenbruch des Deutschen Reiches. Da hält es die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie für unbedingt notwendig, durch ihre Abstimmung zu dokumentieren, daß das ganze deutsche Volk die von den Gegnern erstrebte Lösung ablehnt. Auch die Abgeordneten der Minderheit sind ja Anhänger der nationalen Verteidigung, auch selbst Angehörige der alleräußersten Linken haben erklärt, daß sie eine Niederlage Deutschlands keineswegs wünschen.

Die Minderheit fürchtet allerdings, daß die Zustimmung zu den Kriegskrediten als ein Vertrauensvotum an die gesamte Regierungspolitik aufgefaßt werden könnte, und da soll gleich gesagt werden, daß davon gar keine Rede sein kann. Wenn die Bewilligung von Krediten gleichbedeutend mit Zustimmung zur Regierungspolitik wäre, dann müßten ja die Konservativen die ersten sein, die diese Zustimmung verweigerten. Aber auch die Konservativen billigen die Kredite, obwohl sie, wie allgemein bekannt, das allerschärfste Mißtrauen gegen die Regierung hegen. Auch sie würden sich dagegen verwahren, daß ihre positive Abstimmung als rückhaltlose Billigung alles dessen gedeutet würde, was die Regierung tut oder zu tun unterläßt. Was in diesem Falle für die Konservativen recht ist, ist auch für die Sozialdemokraten billig. Auch sie haben ein Recht, dagegen zu protestieren, daß man ihre Abstimmung als ein Hineingleiten in das Fahrwasser der Regierung hinstellt.

Immer wieder muß es ausgesprochen werden, daß die sozialdemokratische Partei im Kriege nicht Regierungspolitik, sondern sozialdemokratische Politik treibt. Sie will keine Zertrümmerung des Feindes, keine Weltherrschaftspolitik, aber sie will, daß alles getan wird, was zur ungeschmälerten Erhaltung des Deutschen Reiches notwendig ist, sie will, als Friedensergebnis, ein einiges Europa, in dem das deutsche Volk gleichberechtigt neben allen andern Völkern steht, sie will im Innern Demokratie, parlamentarisches Regierungssystem und großzügige Wirtschaftsreformen in der Richtung zum sozialistischen Endziel. Ihr Verhältnis zur Regierung wird nur durch nichts anderes bestimmt als durch das Verhalten der Regierung gegenüber diesem Programm.

Die Regierung hat die Weltherrschaftsideen der sechs Verbände von sich gewiesen, sie ist deshalb scharf angegriffen worden, und ihre Gegner sind zugleich auch die schärfsten Gegner der Sozialdemokratie. Auf der andern Seite hat sie sich aber gegenüber diesen Gegnern nicht die nötige Entschlußfreiheit gewahrt und ihr schwankendes Verhalten in der Friedensfrage fordert die Kritik heraus. Deswegen bleibt aber doch die Wahrheit bestehen, daß der Grund für die Fortdauer des Krieges nicht in dem Verhalten der deutschen Regierung, sondern in der noch immer ungebändigten Kriegslust der feindlichen Regierungen zu finden ist. Diese Tatsache ist für das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Kriegskreditfrage maßgebend.

Auf dem Gebiete der innern Politik, die in dieser Kriegszeit noch mehr wie sonst mit der äußern zusammenhängt, bestehen zwischen Regierung und Sozialdemokratie scharfe Gegensätze. Das ist besonders deutlich wieder am Donnerstag bei der Verhandlung über das Zusammentrittsrecht des Hauptausschusses im Reichstag zutage getreten. Der Anlaß ist scheinbar geringfügig, aber die Frage selbst ist sehr ernst. Es hat sich gezeigt, daß die Regierung selbst auf die rechte Seite schwankt, wenn die Konservativen mit dem Ausspruch, Kronrechte zu wahren, in den Vordergrund treten. In diesem Verhalten zeigt sich eine Schwäche der Regierung, die nur beseitigt werden kann durch die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems. Das deutsche Volk will eine Regierung, die, auf das Vertrauen der Mehrheit seiner Vertreter gestützt, nach allen Seiten hin stark ist und keine Gefährdung ihrer Stellung zu fürchten braucht, wenn irgendwer den Gesinnungswettlauf mit ihr nach einer bestimmten Richtung hin aufnimmt.

Die so notwendige Einführung des parlamentarischen Regierungssystems scheitert aber zur Zeit noch an dem Fehlen einer ständigen, starken, innerlich geschlossenen Reichstagsmehrheit. Wie die Konstellationen von Abstimmung zu Abstimmung wechseln, das zeigt neuerdings wieder der Fall Liebknecht. Nur die Sozialdemokraten, die aber freilich ganz entschieden und ganz einstimmig, verlangen die Haftentlassung dieses — einstweilen noch nicht rechtskräftig — als Landesverräter verurteilten, seiner bürgerlichen Ehrenrechte beraubten Abgeordneten. Sie, die Liebknecht kennen und die — ohne Unterschied, ob Fraktion oder Arbeitsgemeinschaft — eine andere Politik treiben als die von ihm für richtig gehaltene, zweifeln keinen Augenblick an seinen guten Absichten und treten entschieden für seine Freilassung ein. Hier aber haben sie die bürgerlichen Parteien gegen sich.

Trotzdem kann auch in Deutschland die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems nicht ausbleiben. Die überzeugendsten Gründe sprechen für sie. Sollte sie sich während des Krieges nicht ermöglichen — die Frage bleibt offen gelassen — dann wird es Sache des Volkes sein, bei den ersten Wahlen nach dem Kriege dafür zu sorgen, daß dieser notwendige Schritt getan werden muß. Die Sozialdemokratie wird aber inzwischen nicht aufhören, für die Bildung einer wirklichen Volksregierung schon während des Krieges einzutreten, denn ihre Entstehung wäre ein wichtiger, vielleicht ein entscheidender Schritt zum Frieden!

•

Die Annahme der sechsten Kriegsanleihe.

Zur gestrigen Reichstagssitzung wird uns geschrieben: Zwei sehr verschiedenartige Gegenstände waren es, die das Hauptinteresse der Reichstagssitzung vom Freitag auf sich konzentrierten: auf eine Rechts- und Prinzipienfrage, in deren Mittelpunkt eine einzelne Persönlichkeit, der Abg. Liebknecht, steht, folgte eine Sachentscheidung allergrößten Umfanges, die Bewilligung des größten aller bisher geforderten Kriegskredite.

Die Forderung des neuen 12-Milliarden-Kredites begründete der Reichsschatzsekretär Graf v. Roedern mit einer Rede, die in ihrer ruhigen und sympathischen Sachlichkeit aufmerksam angehört wurde. Namentlich die Vergleiche des Reichsschatzsekretärs zwischen englischem und deutschem Finanzwesen, seine Darlegungen darüber, daß nicht die gesamten verbrauchten Gelder als reine Heeresaufwendungen zu betrachten, sondern zum Teil in realen Werten noch vorhanden seien, weckten allgemeines Interesse. Die bürgerlichen Parteien gaben in ihrer Gesamtheit durch den Abg. Spahn eine kurze Zustimmungserklärung ab. Für die sozialdemokratische Fraktion verlas Genosse Ebert eine ausführlich begründete Zustimmungserklärung. Diese legt namentlich dar, daß die Erklärungen der leitenden Staatsmänner in den gegnerischen Ländern sowie auch der führenden Kreise der dortigen Sozialisten keine Hoffnung auf einen baldigen Frieden erkennen lassen, der mit den Lebensinteressen Deutschlands und der deutschen Arbeiterklasse vereinbar wäre. Alle über einen Verteidigungskrieg um die Existenz der Nation hinausgehenden Kriegsziele weist die Erklärung scharf zurück und erwartet von der Regierung, daß sie alles zur Herbeiführung eines baldigen Friedensschlusses und zur Erleichterung der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung tun werde. — Den ablehnenden Standpunkt der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft vertrat Genosse Bernstein. Angesichts seiner sehr ruhigen und durchaus auf dem Boden der Sachlichkeit stehenden Ausführungen erschien es sehr unangebracht, wenn der amtierende Vizepräsident Dr. Paasche in engherziger Auslegung des Themas den Redner durch zweimaligen Ruf zur Sache und die Androhung der Wortentziehung einzuschränken suchte, ebenso unangebracht erschienen die mehrfachen Unterbrechungen des Redners durch lärmende Kundgebungen der bürgerlichen Parteien, namentlich der Rechten.

Auf Antrag des Abg. Bassermann (natl.) wurden alle drei Lesungen der Vorlage unter einander vorgenommen, sie ergab die Annahme der Kreditvorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.

Darauf nahm der Reichstag die namentliche Abstimmung über die am Donnerstag beratene Vorlage vor, die eine Beratung der auswärtigen Politik in der Budgetkommission auch während einer Vertagung des Reichstages ermöglichen will. Von 334 abgegebenen Stimmen waren 302 für Annahme, 31 dagegen, ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme.

Trotz der inzwischen vorgerückten Zeit fuhr der Reichstag in der Tagesordnung fort. Nach der ersten Beratung eines Gesetzes über die Festsetzung von Kursen der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere gelangte noch die wichtige Frage der Schutzhaft zur Erörterung. Genosse Landsberg als erster Redner kritisierte scharf die Ungerechtigkeit dieser Einrichtung, er zeigte an verschiedenen krassen Fällen, wie sehr durch sie gegen das Prinzip der Gerechtigkeit verstoßen werde. — Nachdem noch der Zentrumsabgeordnete Gröber zu diesem Punkte gesprochen hatte, wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf Sonnabend vertagt.

Die feindlichen Heeresberichte.

Französischer Heeresbericht vom 27. Oktober abends.

An der Sommefront ziemlich heftige Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien in den Abschnitten von Sailly-Saillisel, Bouchavesnes und Biaches. Nördlich von Verdun richtete der Feind andauernd sein heftiges Bombardement auf unsere vordersten Linien, namentlich auf die Schluchten von Haudromont, das Fort von Douaumont und die Batterie von Damloup. Ein feindlicher Angriffsversuch westlich des Dorfes Douaumont wurde durch unser Sperrfeuer glatt aufgehalten. Kein wichtiges Ereignis auf dem übrigen Teile der Front. Das schlechte Wetter behindert im allgemeinen die Kampfhandlungen. — Belgischer Bericht: In der Gegend nördlich von Dixmuiden und ebenso in der Umgegend dieser Stadt war die Artillerie auf beiden Seiten tätig.

Englischer Heeresbericht vom 27. Oktober abends.

Der heftige Regen hat angedauert. Die feindliche Artillerie und feindliche Schützengrabenwürfe waren zwischen La Bassée und Hulluch sowie in der Nachbarschaft von Beaumont-Hamel tätig. Wir haben feindliche Schützengräben südlich von Armentières beschossen. Die feindlichen Flugzeuge waren ungewöhnlich tätig. Am 26. Oktober hat ein Luftgefecht zwischen einer großen Anzahl von Flugzeugen beider Parteien stattgefunden. Es wird berichtet, daß zwei der unsrigen und drei feindliche Flugzeuge abgestürzt sind. Bei einer anderen Gelegenheit ist einer unserer Flieger 10 feindlichen Flugzeugen begegnet, hat sie als einzelner angegriffen und weit hinter ihre eigenen Linien zerstreut.

Koerber österreichischer Ministerpräsident.

Wien, 27. Oktober. Dr. v. Koerber hat die Leitung des Ministeriums übernommen. Er schreitet nun an die Kabinettsbildung. Heute nachmittag traten die Minister des Kabinetts Stürgkh zusammen, um durch die neue Situation notwendig gewordene Beschlüsse zu fassen.

Das Amt, das der frühere Ministerpräsident und bisherige gemeinsame Finanzminister Oesterreich-Ungarns, Herr Ernst v. Koerber, als Nachfolger des Grafen Stürgkh übernommen hat, ist recht leicht oder unendlich schwer — je nachdem, wie sein Träger es auffaßt. Die auswärtige Politik ist die Domäne des gemeinsamen Ministers Baron v. Burian, der ein Ungar und Vertrauensmann des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza ist. Sie ist fast ausschließlich vom ungarischen Parlament her beeinflußt worden. Die Militärverwaltung greift tief, tiefer noch als in Deutschland, in alle Angelegenheiten des inneren öffentlichen Lebens ein. Die Presse steht unter scharfer Zensur, das Parlament ist ausgeschaltet und seine Zustimmung wird durch den allezeit gefälligen § 14 ersetzt. Für einen Ministerpräsidenten, der sich vornimmt, „in bewährten Bahnen" zu wandeln und alles Weitere der Zeit zu überlassen, bietet sich also ein recht enges und beengen zu übersehendes Arbeitsfeld.

Ganz anders muß sich aber die Aufgabe für einen Mann stellen, der sich dessen bewußt ist, daß die Entwicklung des österreichischen Staatsproblems durch den Krieg zwar scheinbar

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19161028/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG